Kreistagsbüro Bad Salzungen, 04.10.2012

Zusammenstellung der eingegangenen Anfragen für die Fragestunde der Kreistagssitzung am 10. Oktober 2012 - TOP 11 -

1. Anfrage von Herrn Martin Trostmann vom 14.09.2012:

„Auf Grundlage der Verordnung über die Auftragskostenpauschale nach § 26 des ThürFAG erhalten die Landkreise zum Ausgleich der Mehrbelastungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde Zuweisungen. Im Zusammenhang mit der Debatte über den Haushalt 2012 habe ich folgende Fragen:

1. Welche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises erfüllt der Wartburgkreis konkret (§ 88 Abs. 1 und 1a ThürKO)?
2. Welche verbindlichen Vorgaben (Standards für Sach- und Personalaufwand) sind für die Erfüllung der einzelnen Aufgaben geregelt?
3. In welchem Verhältnis stehen bestehende Ausstattung und Personalaufwand des Landratsamtes Wartburgkreis zu den Vorgaben gemäß Ziffer 2?
4. In welchem Verhältnis steht die Finanzierung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch Auftragskostenpauschale, zweckgebundene Zuweisungen sowie eigene Einnahmen im Haushalt 2012 zu dem tatsächlich durch das Landratsamt ermittelten bzw. geplanten Aufwand?
5. Wie hat sich das Verhältnis gemäß Ziffer 4 seit dem Haushaltsjahr 2007 entwickelt?

Ich möchte anregen, die Fragen schriftlich zu beantworten.“

2. Anfrage von Herrn Jürgen Holland-Nell vom 20.09.2012:

„1. Ist es möglich, dass eine Schulsporthalle, z. B. die Schulsporthalle Schweina, für Großveranstaltungen genutzt werden kann?
2. Wenn ja, welche Voraussetzungen wären hierbei zu erfüllen?“

3. Anfrage von Herrn Ralph Klinzing vom 02.10.2012:

„Der Landrat hatte in seinen einführenden Aussagen zur Umstrukturierung eine Einsparung von 161 T€ erwähnt. Ich frage den Landrat:

1. Welche Kosten verursachte der hausinterne Umzug?
2. Ist man darauf vorbereitet, dass bei einer Nichtwahl der Zweiten zur Ersten Beigeordneten wieder Umstrukturierungskosten entstehen und inwieweit macht sich dann eine personelle und aufgabenmäßige Umstrukturierung wieder erforderlich?“

4. Anfrage von Herrn Ralph Klinzing vom 02.10.2012:

„Ich frage den Landrat:

1. Werden durch die geplante Umstrukturierung Personalkosten eingespart?
2. Fallen dadurch auch noch Personalstellen weg?
3. Welche Gehalts- und Besoldungsgruppen sind betroffen, und in welcher Form ändern sie sich? (bitte um Übersicht)“

5. Anfrage von Herrn Ralph Klinzing vom 02.10.2012:

„Ich frage den Landrat:

1. Werden durch die notwendige Umbesetzung der Stelle des Kämmerers Personalkosten gespart?

2. Wenn ja, in welcher Höhe?
3. Wird oder ist die bisherige Stelle des Nachfolgers des Kämmerers wieder neu besetzt?
4. In welcher Höhe werden Personalkosten dadurch tangiert?“

6. Anfrage von Herrn Ralph Klinzing vom 02.10.2012:

„Ich frage den Landrat:
1. Welche Neueinstellungen wurden im Jahr 2012 vorgenommen?
2. Sind noch weitere notwendig, wenn ja welche?“

7. Anfrage von Herrn Tobias Kammler vom 03.10.2012:

„Die Infektion von mehr als 8.000 Menschen mit einer Brech-Durchfall-Erkrankung wurde aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Großküchenbetreiber Sodexo verursacht. Derartige Unternehmen beliefern auch Schulen des Wartburgkreises. Zwar ist in unserer Region noch keine derartige Masseninfektion dadurch aufgetreten, doch der Fall Sodexo zeigt, wie risikoreich eine solche Essensversorgung ist. Ich frage den Landrat:
1. Welche Schulen des Wartburgkreises werden von vergleichbaren Großküchen beliefert?
2. Welche Schulen verfügen über eine Küche im Schulgebäude?
3. Wie stellt der Wartburgkreis die Kontrolle der Lebensmittel sicher?
4. Hält es der Landrat angesichts der aufgetretenen Infektionen für sinnvoll, künftig wieder auf ein kleingliedriges „Schulküchen-System“ umzustellen?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Schulgebäude würden über die räumliche Kapazität zur Errichtung einer Schulküche verfügen?
7. Welche finanziellen Mittel müsste der Wartburgkreis aufbringen, um alle Orte mit Schulgebäuden (bei nahegelegenen evtl. auch nur eine Küche für mehrere Orte) mit einer regionalen Küche auszustatten?“

8. Anfrage von Herrn Hendrik Heller vom 03.10.2012:

„Bei der Ausgabe von Schulessen müssen die privaten Anbieter im Rahmen ihrer Dienstleistung 19 % Umsatzsteuer abführen. Ein Großteil der damit verbundenen Kosten beinhaltet allerdings nur 7 % Vorsteuer. Die Rentabilität der Essenausgabe wird dadurch signifikant geschmälert, obwohl bei der Essenausgabe in einer Schule die Serviceleistung in keinem Vergleich zu der eines Restaurants steht, welche eine höhere Besteuerung rechtfertigen würde, wie es der Gesetzgeber vorgesehen hat.
Regionale Anbieter von Schulessen im Wartburgkreis haben die NPD gebeten, diesen Sachverhalt im Kreistag zu thematisieren. Es darf vor allem, auch aus deren Sicht, nicht sein, dass durch derartige steuerliche Benachteiligungen bspw. bei der Auswahl der Lebensmittel gespart werden muss, um die Wirtschaftlichkeit der Schulessenausgabe überhaupt noch erhalten zu können. Neben dem gesundheitlichen Aspekt sollte hier auch die Tatsache beachtet werden, dass regionale mittelständische Betriebe auf diesen Geschäftszweig angewiesen sind und damit deren Auskommen für die Wirtschaftskraft des Wartburgkreises von Bedeutung ist.
Nachdem vom Bundesfinanzministerium das wenig sinnvolle Vorhaben geäußert wurde, dass für die Ausgabe von Fast-Food nur noch ein Steuersatz von 7 % gelten soll, so ist eine solche Regelung auch auf die Ausgabe von Schulessen anwendbar, wenn ausreichend Druck von Kommunen, Kreisen und den Ländern ausgeübt wird.
Ich frage daher den Landrat:
1. Ist die Tragweite der Problematik der Verwaltung bekannt?
2. Wurde in dieser Hinsicht schon einmal etwas unternommen, um die Problematik den zuständigen Ministerien und Behörden vorzutragen und eine Änderung der Besteuerung zu befürworten (bspw. über Landkreistag u. ä.)?
3. Wenn nein, ist dies aus jetziger Sicht geplant?
4. Wie bewertet der Landrat langfristig die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Schulessenausgabe im Hinblick auf die Situation regionaler Unternehmen?
5. Werden die Ausschreibekriterien derart gestaltet, dass regionale Unternehmen vor überregionalen Großküchen und Cateringbetrieben bevorzugt werden?“